

Koalition in Berlin plant drastische Kürzungen

## Sachsen dagegen

**Berlin** (SN/BD). Die Bundesregierung plant weitere drastische Kürzungen bei der Förderung der Stiftung für das sorbische Volk. Das berichtete unsere Zeitung exklusiv am 4. Juli 2007. Der Regierungsentwurf des Haushalts 2008 in Berlin sieht einen veranschlagten Ansatz von 7 Millionen Euro vor, davon sind noch 2 Millionen gesperrt. Damit will der Bund seine Finanzierungsanteile im Vergleich zu 2007 um 600 000 Euro weiter reduzieren. Zur Begründung der Kürzungen sagte ein Pressesprecher des Staatsministers Bernd Neumann (CDU): „Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ist gehalten, sich an den von Bundesverwaltungsamt und Bundesrechnungshof genannten Kritikpunkten und Einsparpotentialen zu orientieren.“ Seiner Ansicht nach erscheine der „vor dem Hintergrund des zuletzt vom Bundesrechnungshof aufgezeigten deutlichen Einsparpotentials veranschlagte Ansatz als angemessen“.

Überhaupt wolle die Bundesregierung wohl nur noch sorbische „kulturelle Vorhaben mit herausragender Bedeutung“ und auf Projektbasis fördern. Dies geht aus der genannten Empfehlung des Bundesrechnungshofes hervor, den der Kulturbeauftragte vier Tage nach dem Kabinettsbeschluss zum Etat 2008 an die Regierungen in Dresden und Potsdam sowie an die sorbische Stiftung verschickt hatte. In der Prüfungsmitteilung wird sogar behauptet, dass „der Einigungsvertrag als Grundlage für die Förderung“ der sorbischen Sprache und Kultur „durch den Bund verbraucht ist“. Wie Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD) auf entsprechende Fragen zum Ausdruck brachte, vertritt die sächsische Staatsregierung „nach wie vor die Auffassung, dass sich der Bund angesichts seiner international und national eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten mit 8,2 Millionen Euro jährlich an der Finanzierung der Stiftung beteiligen sollte“. Diesen Anteil wollen auch Sachsen und Brandenburg in die Stiftung einbringen. Und Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) unterstrich, dass die Kürzungsvorschläge des Bundes „nicht hingenommen werden können“.

Am Rande des Parteitages der sächsischen SPD in Markneukirchen (Vogtland) am 14. Juli haben sich mit ihrer Unterschrift weitere namhafte Politiker dem „Aufruf zur Solidarität mit der bedrohten sorbischen Sprache und Kultur“ angeschlossen, darunter die stellvertretenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Sachsen Jens Bullerjahn und Thomas Jurk. In dem Aufruf wird vom Bund ebenfalls eine jährliche Unterstützung der sorbischen Stiftung in Höhe von mindestens 8,2 Millionen Euro gefordert.

## Sorbenrat gegen Kürzungen

**Bautzen** (SN/BD). Der Rat für sorbische Angelegenheiten in Sachsen hat mit „Irritation und Unverständnis“ zur Kenntnis genommen, dass der Kulturbeauftragte der Bundesregierung Bernd Neumann (CDU) die Bundesförderung der Stiftung für das sorbische Volk im kommenden Jahr weiter kürzen will. Das Beratergremium der Staatsregierung und des Landtages in sorbischen Fragen hat sich in seiner Sitzung am 16. Juli in Bautzen eindeutiger Position der sächsischen Staatsregierung und den Erwartungen der Vertreter des sorbischen Volkes angeschlossen. Deshalb, so Ratsvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Maria Michalk (CDU), erwarte der Rat, „dass bei den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag sowie in Vorbereitung eines neuen Finanzierungsabkommens zwischen dem Bund, Sachsen und Brandenburg die Planungen der Bundesregierung korrigiert werden“.

Die sorbische Politikerin bekräftigte, dass sich der Bund an dieser Förderung mit mindestens 8,2 Millionen Euro jährlich beteiligen sollte. Sie informierte den Rat auch darüber, dass diese Position mittlerweile alle CDU-Mitglieder des Deutschen Bundestages aus Sachsen und Brandenburg vertreten.

Die Kürzungspläne lehnte auch der Direktor der sorbischen Stiftung Marko Suchy ab. Das Vorgehen des Kulturstaatsministers Bernd Neumann (CDU) beweise, dass „ihm wahrscheinlich die sorbische Sprache und Kultur egal sind“.

Reaktionen zu den Kürzungsplänen des Kulturbeauftragten der Bundesregierung  
Bernd Neumann (CDU):

## Unikate der sorbischen Kultur und Eigeninitiative der Vereine verdienen eine angemessene Förderung

**Bautzen/Berlin (SN/BD).** Nach Ansicht des Bundesrechnungshofes soll der Bund nur noch einzelne kulturelle Vorhaben der Sorben mit nachgewiesener herausragender Bedeutung über die Stiftung für das sorbische Volk fördern. Dabei sollte er von Globalzuweisungen an die Stiftung absehen und die Anliegen einzig und allein über Projekte unterstützen, für die ein Bundesinteresse vorliegt bzw. die national repräsentativ sind.

Das geht aus einem Bericht der unabhängigen Prüfbehörde an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Bundesministerium des Innern hervor. Wie die sorbische Abendzeitung Serbske Nowiny in ihrer Ausgabe am 10. Juli 2007 berichtete, wurde das zwanzig Seiten starke Ergebnis der Prüfung zu „ausgewählten Aspekten des Zuschusses des Bundes an die Stiftung für das sorbische Volk“ am 9. Juli 2007 den für die Förderung der Sorben in Sachsen und Brandenburg zuständigen Ministerien sowie der Stiftung für das sorbische Volk übermittelt.

Wie ein Sprecher des Bundesrechnungshofes der sorbischen Zeitung gegenüber bestätigte, wurde die Prüfmitteilung, in der ein grundsätzlich neues System der Bundesförderung der Sorben empfohlen wird, bereits Ende März der Bundesregierung mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von zwei Monaten zur Verfügung gestellt.

**Eine solche Stellungnahme liegt nach Recherchen der sorbischen Zeitung noch nicht vor. Stattdessen hat das Bundeskabinett in seinem Etatentwurf 2008 eine drastische Kürzung der Fördersumme für die sorbische Stiftung auf 7 Millionen Euro beschlossen. In diesem Zusammenhang begründete Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) die Kürzungen mit dem genannten Prüfbericht des Bundesrechnungshofes; in dem Bericht sind allerdings keine konkreten Kürzungsvorschläge enthalten.**

**In diesem Jahr fördert der Bund die sorbischen Anliegen, zu denen mehrere einmalige Kultur- und Bildungseinrichtungen gehören, mit 7,6 Millionen Euro. Mit gut 8 Millionen Euro beteiligen sich an der Förderung der sorbischen Stiftung Sachsen und Brandenburg.**

**Die sächsische Staatsregierung und die Vertreter von Sorben fordern, dass der Bund auch weiterhin die Hälfte des Finanzbedarfes der sorbischen Stiftung trägt. Nach Rechnungen der sächsischen Staatsregierung liegt der allgemein anerkannte Finanzierungsbedarf bei rund 16,4 Millionen Euro. In diesem Sinne sollte der Bund künftig mit wenigstens 8,2 Millionen Euro die Stiftung unterstützen. Diese Forderung aus Sachsen und dem Sorbenland unterstützen mehr als 600 Persönlichkeiten und Gruppen der europäischen Kultur und Politik, darunter 16 Bundestagsabgeordnete aus allen Fraktionen.**

**Lesen sie einige Wortmeldungen zu der Problematik der weiteren Finanzierung der sorbischen Stiftung bzw. zu den Kürzungsplänen der Bundesregierung, über die in unserer Zeitung zuletzt berichtet worden ist.**

**Wolfgang Thierse (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages, am 21.6.2006:**  
*Die Verhandlungen über ein neues Finanzierungsabkommen zwischen Bund, Sachsen und Brandenburg sollten auf der Basis von knapp 16,4 Mio. Euro jetzt zum Erfolg geführt werden, wobei sich der Bund auch in Zukunft zur Hälfte an der Unterstützung der sorbischen Anliegen beteiligen sollte. Wir wissen, wie sehr uns – abgesehen von vertraglichen Verpflichtungen – die Sorben am*

*Herzen liegen: Die Sorben, seit der Reformation hochkulturell emanzipiert, haben kein Mutterland außerhalb der Bundesrepublik. Sie sind keine wirtschaftlich starke Volksgruppe. Sie haben einige – wenige – Kultureinrichtungen, die wir als besonders interessante Unikate zu erhalten und zu pflegen haben. Über die angemessene Förderung soll besonders auch die Eigeninitiative der Vereine, die die kulturelle Basis vital erhalten, unterstützt werden.*

**Antje Hermenau**, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Sächsischen Landtag, am 5.7.2007: *Die Antwort auf berechtigte Kritik am Finanzierungsgebaren der Stiftung für das sorbische Volk darf nicht planloses Kürzen sein. Die Kürzungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass nicht bei der Verwaltung eingespart wird, sondern bei Projekten an der Basis und an den Witaj-Kindergärten. Die Reform der Stiftung muss so vorangetrieben werden, dass Fördergelder in Zukunft sachgerecht eingesetzt werden. Der Erhalt der sorbischen Kultur ist eine schwierige Zukunftsaufgabe und zu wichtig, um vernachlässigt zu werden. Es geht um echten Minderheitenschutz. Die Staatsregierung muss beim Bund gegen die Kürzungen intervenieren. Sie muss sich aber auch dafür einsetzen, dass ein transparenter Umgang mit Fördermitteln bei der Stiftung für das sorbische Volk gewährleistet wird und die Eigenständigkeit sorbischer Institutionen gewahrt bleibt.“*

**Prof. Georg Milbradt** (CDU), sächsischer Ministerpräsident, am 6. 7. 2007: *Angesichts der Verpflichtungen, die der Bund zum Schutze der nationalen Minderheiten eingegangen ist, kann die Entscheidung des Bundes nicht hingenommen werden. Gerade unsere osteuropäischen Nachbarn beobachten unseren Umgang mit der einzigen slawischen Minderheit in Deutschland genau. Der Bund sollte daher im eigenen Interesse nicht versuchen, sich aus seiner finanziellen Verantwortung für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Stiftung für das sorbische Volk zu stellen.*

**Dr. Martina Münch** (SPD), Vorsitzende des Kulturausschusses des Landes Brandenburg, am 6.7.2007: *Die Kürzung des Bundes müsse zurückgenommen werden. Das bisherige Finanzierungsmodell, nach dem die Hälfte durch den*

*Bund und die andere Hälfte durch die Länder Brandenburg und Sachsen getragen wird, hat sich bewährt. Die Sorben sind eine anerkannte nationale Minderheit. Sie erfüllen über Brandenburg und Sachsen hinaus eine wichtige kulturelle Funktion. Sie sind identitätsstiftend für die gesamte Ober- und Niederlausitz. Die vom Bund geplanten Kürzungen kann die Stiftung niemals durch eigene Sparmaßnahmen kompensieren. Viele kulturelle und pädagogische Projekte wären dann in ihrer Existenz bedroht.*

**Dr. Ilja Seifert** (Linksfraktion), Mitglied des Deutschen Bundestages, am 6.7.2007: *Gerade als Abgeordneter eines Wahlkreises in Ostsachsen weiß ich, wie wichtig der Erhalt der kulturellen Förderung des sorbischen Volkes ist. Die Kultur, ja das gesamte sorbische Volk, werden zum einen durch die weitere Erschließung von Tagebaugebieten und die in der Folge von Hartz IV entstehenden Abwanderungen bedroht, zum anderen durch den immer wiederkehrenden Versuch der Bundesregierung, sich aus der Förderung der Sorben zu verabschieden. Ich fordere die Bundesregierung auf, den Haushaltsentwurf nachzubessern und diesen unsinnigen, eine Minderheit diskriminierenden Schritt der Mittelkürzung zurückzunehmen.*

**Dr. Eva-Maria Stange** (SPD), Sächsische Kunst- und Wissenschaftsministerin, am 11.7.2007: *Die Aufforderung des Rechnungshofes, dass der Bund sich nur noch an der Projektförderung einzelner herausgehobener kultureller Vorhaben beteiligen soll, kann so nicht akzeptiert werden. Das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst vertritt nach wie vor die Auffassung, dass sich der Bund angesichts seiner international und national eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten mit 8,2 Mio. Euro jährlich an der Finanzierung der Stiftung beteiligen sollte. Die sächsische Staatsregierung wird sich für eine Finanzierung der Stiftung auf hohem Niveau mit Nachdruck einsetzen. Ich gehe davon aus, dass vor dem Hintergrund der noch anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag und der laufenden Gespräche über die neue Finanzierungsvereinbarung das letzte Wort nicht gesprochen ist.*

**Jan Nuck**, Vorsitzender der Domowina, am 22.7.2007: *Die jüngsten Informationen über die geplanten Kürzungen des Bundes für die Stiftung für das sorbische Volk, die für uns in keiner Weise nachvollziehbar sind, bereiten uns große Sorgen. Wir finden sie in höchstem Maße befremdlich – nicht nur wegen der vergleichbar geringen Summe, sondern auch deshalb, weil auch wir sorbischen Bürger nach geltendem Völkerrecht ein Grundrecht auf den Erhalt unserer Sprache und Kultur haben. Deshalb fordern wir den Bund auf, die angekündigten Kürzungen zurückzunehmen und seinerseits für einen ausgeglichenen Etat der Stiftung zu sorgen.*

## Die Welt zu Gast in der Lausitz

**Crostwitz** (ML/SN). Fast 15 000 begeisterte Besucher erlebten auf dem viertägigen VII. Internationalen Folklorefestival „Łužica-Lausitz 2007“ in Bautzen, Drachhausen und Crostwitz die beeindruckenden Programme von 650 Volkskünstlern aus neun Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas. Das große Fest der Gemeinsamkeit verschiedener Völker bei Tanz, Gesang, Musik und Unterhaltung, das am Sonntag, dem 22. Juli, mit dem Finale aller Mitwirkenden seinen stürmisch gefeierten Abschluss in Crostwitz fand, bewies, dass die Welt in der Lausitz zu Gast war. Der Schirmherr des Festivals, Sachsens Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt (CDU), wurde am Sonntagnachmittag von den 4 500 Zuschauern herzlich begrüßt. „Das Festival zeugt vom guten Zusammenleben Deutscher und Sorben in der Lausitz. Europa und die Welt brauchen solche gemeinsamen kulturellen Bemühungen, denn die Kultur lebt von der Unterschiedlichkeit“, sagte Milbradt. Er versicherte: „Der Freistaat Sachsen steht zu seinem Wort und wird die Stiftung für das sorbische Volk weiterhin finanziell in der gleichen Höhe wie bisher unterstützen. Ich werde persönlich bei Frau Merkel vorsprechen, um die geplanten Kürzungen des Bundes für die Sorbenstiftung abzuwehren. Denn die Unterstützung zeigt, wie Deutschland mit seinen Minderheiten umgeht.“ Diese Worte Milbradts und seine sorbischsprachige Begrüßung wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Hans Heinrich Hansen

## Vorbild für Europa

Minderheiten sind nicht Volkstanz und Heimattümelei. Sie sind aktive, in der Tradition ihrer Muttersprache und Kultur lebende Volksgruppen, die zur Vielfalt Europas wesentlich beitragen.

Wir alle, die autochthonen Minderheiten, sind dort, wo wir leben, seit Jahrhunderten angesiedelt und sind durch nationale Grenzziehungen nach der Entstehung der Nationalstaaten zu Minderheiten geworden. Seitdem sind wir dem ständigen Assimilationsdruck der Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt. Wir alle haben gemeinsam, dass wir unsere Kultur erhalten und unsere Sprache pflegen wollen.

Das aber können wir nur, wenn die Staaten ihren Verpflichtungen – einer angemessenen, mit der jeweiligen Minderheit abgestimmten Förderung – gerecht werden. Es gibt keinen europäischen Minderheitenschutz. Deswegen sind die Minderheiten noch immer Spielball der Mehrheiten.

Die FUEV hat seit gut einem Jahr ihre Lobbyarbeit in den europäischen Institutionen verstärkt. Es ist höchste Zeit, dass den Nationalstaaten und ihren Vertretern in Brüssel bewusst wird, dass jeder siebente Bürger in Europa einer Minderheit angehört. Es ist deshalb nicht hinnehmbar, dass Minderheiten immer wieder als Bittsteller ihrer legitimen Interessen auftreten müssen. Wir wünschen auf Augenhöhe als gleichwertige Partner behandelt zu werden.

Die Minderheiten Europas sind mit ihrer gelebten Zweisprachigkeit oder Mehrsprachigkeit Vorbilder für das Europa der Zukunft.

Um aber diese Zwei- und Mehrsprachigkeit zu erhalten, braucht man als Minderheit u.a. eigene gute Schulen. Deshalb ist jede Schließung einer Minderheitenschule, die nicht von der Minderheit gewollt ist und von ihr mitgetragen wird, eine klare minderheitenpolitische Fehlentscheidung.

*(Aus dem Grußwort des Präsidenten der FUEV anlässlich eines Empfangs während des internationalen Folklorefestivals „Lausitz 2007“ am 22. Juli in Crostwitz.)*